

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Geschehnisse in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die Verabschiedung des Haushaltes 2012, die Fortführung des Bundeswehreinsetzes in Bosnien und Herzegowina sowie über die Fortführung der Bundeswehreinsetze vor der Küste Somalias und zur Entdeckung terroristischer Aktivitäten im Mittelmeerraum.

Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

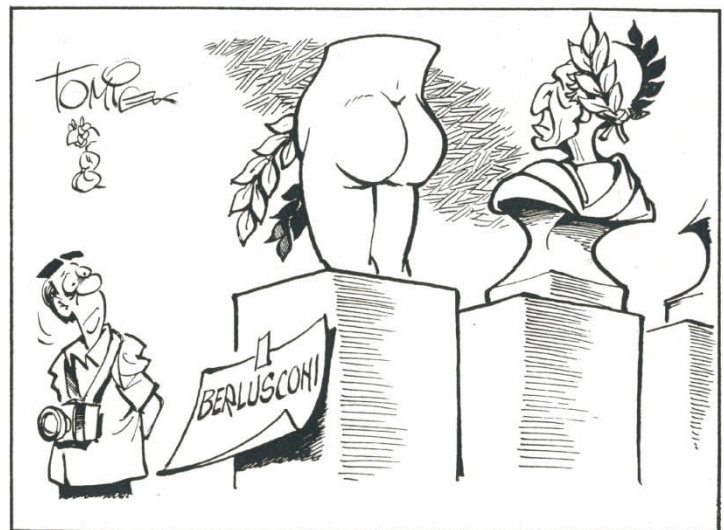
Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Verabschiedung des Haushaltes
2. Rechtsextremismus in Deutschland
3. Verlängerung der Bundeswehreinsetze in Somalia und im Mittelmeer
4. Relevantes für Mannheim und die Region



GROSSE RÖMER

Zeichnung: Tomicek

1. Verabschiedung des Haushaltes

In dieser Woche wurden die Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 abgeschlossen. Mit der geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 26,1 Mrd. Euro wurde die Neuverschuldung gegenüber dem Regierungsentwurf um weitere 1,1 Mrd. Euro abgesenkt. Das sind nicht nur 22,3 Mrd. Euro weniger als für 2011 geplant waren, sondern damit wird auch die zulässige Grenze der Schuldenbremse um mehr als 14 Mrd. Euro unterschritten. Ob im kommenden Jahr der Neuverschuldungsrahmen von 26,1 Mrd. Euro ausgeschöpft wird, wird sich Ende 2012 zeigen. Für das laufende Jahr zeichnet sich ab, dass statt der geplanten 48,4 Mrd. Euro Neuverschuldung mit weniger als 25 Mrd. Euro neuer Schulden das Jahr 2011 abgeschlossen werden kann.

Der Konsolidierungskurs schließt die erforderliche Stärkung der Wachstumskräfte ein. Aufgrund der sich abschwächenden Konjunkturerwartungen wird in den Planungen für 2012 auf noch weiter gehenden Schuldenabbau verzichtet. Die Ausgaben werden stabil gehalten und setzen Akzente in Zukunftsbereichen. Gegenüber dem Regierungsentwurf wurden deshalb die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur um eine Mrd. Euro erhöht. Für Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen stehen 600 Mio. Euro zur Verfügung, im Bereich Bundeswasserstraßen 300 Mio. Euro und für Schienenwege 100 Mio. Euro.

Dem Bereich Bildung und Forschung stehen für 2012 insgesamt knapp 13 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der ursprünglich im Regierungsentwurf vorgesehene Haushaltsansatz für die Städtebauförderung von 410 Mio. Euro wird um 45 Mio. Euro aufgestockt. Der Bund stellt damit genauso wie im laufenden Jahr auch 2012 ein Fördervolumen in Höhe von 455 Mio. Euro für neue Maßnahmen zur Verfügung.

Der Bundeshaushalt 2012 steht im Lichte der europäischen Verantwortung. Bereits in diesem Jahr kann die 3%-Nettoneuverschuldungsgrenze wieder eingehalten und 2012 wieder deutlich unterschritten werden. Über die mittelfristige Finanzplanung wird darauf hingesteuert, entsprechend dem verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt, die 60%-Schuldenstandsmarke wieder einzuhalten, ausgehend von einem Wert von voraussichtlich 81,6% in 2011.

2. Rechtsextremismus in Deutschland

Neun zugewanderte Mitbürger und eine junge Polizistin haben durch rechtsextremistische Täter ihr Leben verloren. Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen.

Mit vereinten Kräften von Bund und Ländern gilt es nun, Taten und Zusammenhänge weiter aufzuklären und auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse zu prüfen, wie die Sicherheitsstrukturen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt verbessert werden können. Dazu gehört auch, bisher unaufgeklärte Straftaten dahingehend neu zu untersuchen, ob es Bezüge zu rechtsextremistischen Netzwerken gibt.

Ein funktionierender Informationsaustausch ist für die innere Sicherheit unabdingbar. Die Innen- und Justizminister von Bund und Ländern haben auf ihrer gemeinsamen Sondersitzung am vergangenen Freitag erste konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Informationsstrukturen gemacht. Die Einrichtung einer Verbunddatei im Bereich des Rechtsextremismus wurde verabredet und die Schaffung eines gemeinsamen Abwehrzentrums von Bund und Ländern gegen Rechtsextremismus diskutiert. Als Vorbild dienen hier die guten Erfahrungen beim Kampf gegen den islamistischen Terrorismus.

Auch die Frage eines NPD-Verbotes muss unter Einbeziehung aller Erkenntnisse aus den Ermittlungen erneut geprüft und auf Chancen und Risiken hin abgewogen werden.

Jeder – gleich welcher Herkunft – muss sich in Deutschland sicher fühlen und auf den effektiven Schutz durch staatliche Organe vertrauen können. Daher hat die Bekämpfung des Rechtsextremismus höchste Priorität.

3. Verlängerung der Bundeswehreinätze in Somalia und im Mittelmeer

Die Bundesregierung brachte diese Woche ihren Antrag zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias ein. Die somalische Übergangsbundesregierung bzw. die somalischen Regionalbehörden werden auch in absehbarer Zukunft nicht in der Lage sein, die von somalischem Staatsgebiet ausgehende Piraterie wirksam zu bekämpfen. Der Schutz durch die Operation Atalanta ist auch für die Versorgung der somalischen Bevölkerung mit Lebensmitteln von zentraler Bedeutung, da die humanitäre Hilfe durch Lieferungen des Welternährungsprogramms oder der Mission AMISOM der Afrikanischen Union überwiegend auf dem Seeweg erfolgt. Das Mandat wurde unverändert mit einer Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten bis zum 18. Dezember 2012 verlängert.

Ebenfalls zur Debatte stand die Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA (Operation Active Endeavour/OAE) als Beitrag der NATO zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Der militärische Auftrag besteht darin, bestimmte Bereiche des Mittelmeeres zu überwachen und gleichzeitig zur Abschreckung und Bekämpfung terroristischer Aktivitäten Präsenz zu zeigen. Das Mandat wird inhaltlich unverändert mit einer Obergrenze von 700 Soldatinnen und Soldaten fortgesetzt.

4. Relevantes für Mannheim und die Region

US Army: weitere Transfersgesellschaft möglich

Es kann eine weitere Transfersgesellschaft für die von der Schließung der US-Einrichtungen in Mannheim betroffenen Zivilbeschäftigten eingerichtet werden. Dies teilte mir der Kommandeur der US-Armee in Europa, General Mark P. Hertling, auf meine Anfrage hin mit. Ich hatte General Hertling in einem Schreiben aufgefordert, eine sozialverträgliche Lösung für die Betroffenen zu schaffen.

General Hertling teilte weiter mit, dass, neben der schon bestehenden Transfersgesellschaft Refugio, diese auch den von den noch ausstehenden Schließungen Betroffenen zur Verfügung stehe.

Aus meiner Sicht sollte vorrangiges Ziel eine Weiterbeschäftigung der Arbeitnehmer sein. Transfersgesellschaften stellen ein letztes, aber sehr wichtiges Mittel dar. Aus diesem Grund ist das Angebot von General Hertling zu begrüßen.

Hertling versicherte weiter, den Informationsfluss zwischen den amerikanischen und den deutschen Behörden zu verbessern und für die Beschäftigten relevante Informationen zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Mannheimer Mehrgenerationenhaus ist auch Teil des neuen Förderprogramms

Aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde mir mitgeteilt, daß das Mehrgenerationenhaus in Mannheim-Neckarstadt Aufnahme auch in das neue Förderprogramm für diese Einrichtungen gefunden hat. Die Förderung von Mehrgenerationenhäusern lief im Herbst dieses Jahres aus. Da aber das Konzept des Mannheimer Mehrgenerationenhauses als förderfähig bewertet wurde, wird es Dank des neuen Förderprogramms jährlich einen Zuschuss in Höhe von 40.000 Euro erhalten, von denen 30.000 Euro aus Mitteln des Bundes und des Europäischen Sozialfonds stammen und 10.000 vom Land beziehungsweise der Kommune zur Verfügung gestellt werden.

Diese Nachricht ist Ergebnis der überzeugenden Arbeit, die vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Mannheim geleistet wird und ich freue mich sehr, dass das Mehrgenerationenhaus Mannheim weiterhin gefördert wird.

Erneutes Aufreißen der Schönauer Straße ist ein Skandal

An Bürgermeister Lothar Quast habe ich die Anfrage gestellt, weshalb nur kurze Zeit nach der Fahrbahnerneuerung der Schönauer Straße in Sandhofen diese an verschiedenen Stellen wieder aufgerissen wird, um Tiefbauarbeiten durchzuführen.

Ich habe großes Verständnis für den Unmut der Bürger, dass innerhalb so kurzer Zeit die erst kürzlich renovierte Schönauer Straße schon wieder aufgerissen wird. Daher stellt sich die Frage, weshalb es offensichtlich keine Absprache zwischen den verschiedenen Ämtern gegeben hat.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass die zuständigen Behörden nicht in der Lage sind, Reparaturarbeiten so zu koordinieren, dass nach nur kurzer Zeit nicht schon wieder die Fahrbandecke aufgerissen wird. Hier werden Steuergelder zum Fenster herausgeworfen. Das ist ein Skandal.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de